

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verständlich: Reichsdeutsches.
Verlagspreis: 25 241.
Für die Nachdrucke: 20 071.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Juli 1925 bei täglich zweimaliger Zustellung (im Haus 1,50 Mark, Postbezugspreis für Monat Juli 3 Mark, Einzelnummer 10 Pfennig.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einpaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 10 mm breite Reklamazeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg., Offerteneintrag 10 Pfg., Ausw. Aufsätze gegen Vorbezahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 33/40.
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Pollichsch-Antiquariat 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Die unannehmbare Luftfahrtnote.

Die Note eine Gefahr für Deutschlands Flugzeugbau und das gesamte Weltflugwesen. Annahme der 25prozentigen Hypothekenaufwertung im Reichstag. — Die Zeitungsverlegertagung in Königsberg.

Eine Protestversammlung der Flugzeug-Industriellen.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 12. Juli. Der Verband deutscher Luftfahrzeugindustrieller veranstaltete am Sonnabendabend eine Protestkundgebung gegen die unerhörten Forderungen der neuen Note des Reichsbundes, die die Entwicklung unserer Luftfahrtwesens den Todessturz zu geben versucht. Vertreter der Reichsregierung, des Reichsrats und Reichstags, sowie der Presse waren zahlreich der Einladung gefolgt. Das einleitende Referat hielt

Verbandsdirektor Deekens.

Er wies im einzelnen nach, daß die Note des Vorkriegserrates im Gegensatz zu den Beschlüssen des Londoner Ultimatums nicht, das eine alle zwei Jahre stattfindende Annäherung der Begriffsbestimmungen über die Unterscheidung der zivilen und militärischen Luftfahrt an dem Fortschritt der Technik aufweist; die neue Note bringe nicht nur nicht Erleichterungen, die man hätte erwarten dürfen, sondern über den bisherigen Zustand hinaus außergewöhnliche Einschränkungen. Die wenigen Zusicherungen der Note hätten demgegenüber keinerlei praktische Bedeutung und dienten nur der Verschleierrung ihrer eigentlichen Ziele, der Erdrosselung der deutschen Luftfahrt.

Würden die Forderungen angenommen, so bedeutete das die sofortige und vollständige Stilllegung der deutschen Luftfahrzeugindustrie und des aufblühenden Luftverkehrs.

In der anschließenden Diskussion schlossen sich die bedeutendsten Vertreter der Luftfahrttechnik, des Luftverkehrs, der Motorindustrie und der gesamten Wirtschaft den Ausführungen des Referenten an. Bei allen Rednern herrschte völlige Uebereinstimmung darüber, daß die Forderungen der Note unannehmbar seien, da ihre Erfüllung schwerste Gefahren wirtschaftlicher und sozialer Art heraufbeschwören würde. Besonders scharf wurde betont, daß dieser Vorstoß der Feindmächte nichts weiter als der mit angeblich militärischen Gründen schlecht genug demagogisch verpackte Versuch ist, die im Ausland immer fühlbarer werdende deutsche Konkurrenz im Luftfahrwesen auszuhalten.

Als Vertreter der Reichsregierung führte Ministerialrat Brandenburg

vom Reichsverkehrsministerium aus, daß das Kabinett noch keine Stellung zu der Note genommen habe, da es erst mit den Kreisen der Sachverständigen und Interessenten Fühlung zu nehmen wünsche. In dieser Absicht habe es zum 16. Juli einen Luftfahrtkongress einberufen. Wie schon früher, so haben auch diesmal die Ministertage Gelegenheit benutzt, um neben der Gewährung von Konzessionen, die gar nicht in Betracht

kommen können, die ohnehin so geringfügigen Bestimmungen des Versailleser Vertrages, die etwa zu unseren Gunsten ausgelegt werden könnten, zu beseitigen. Als Kriegsgerät ließe sich schließlich alles benutzen, auch ein Kinderwagen, mit dem man Granaten an die Front fahren könne. Das Luftschiff kann erwidern, heute für Kriegszwecke gar nicht mehr in Betracht kommen. Trotzdem soll Deutschland nur solche bis zu 30000 Kubikmeter Gasinhalt bauen dürfen, womit gar nichts anzufangen ist. Die Internationale Studien-Gesellschaft zur Artillerieforschung fordert für ihre wissenschaftlichen Zwecke ein Luftschiff von über 150000 Kubikmeter Inhalt.

Die Verpflichtung, die Forderungen der Note zu erfüllen, kann weder aus dem Versailleser Vertrag, noch aus dem Londoner Ultimatum hergeleitet werden; zum andern kann die Note nicht alsiktat aufgefahrt werden. Die Regierung behält volle Handlungsfreiheit.

Zum Schluß erklärte:

Professor Gerack.

daß auch für die deutsche Wissenschaft die Luftfahrt ein unentbehrliches Hilfsmittel sei und daß man sich diese Note nicht gefallen lassen werde.

Es ist dringend zu hoffen, daß diese von tiefem Ernst getragene Kundgebung der hervorragenden Vertreter deutscher Wirtschaft, Technik und Wissenschaft ihren Eindruck auch im Ausland, soweit es vernünftiger Ueberlegung noch fähig ist, nicht verfehlen werde, denn wie einer der Redner richtig hervorhob, wäre eine Ausschaltung Deutschlands von der Erzeugung der Luft ein Unalück für die gesamte Zivilisation der Menschheit.

Frankreich will erhöhte Sachleistungen.

Paris, 12. Juli. Die „Journée Industrielle“ veröffentlichte eine Erklärung des Unterstaatssekretärs für die befreiten Gebiete, Schmidt, in der dieser seine Absicht bekräftigt, alle bisherigen Reglements über die deutschen Sachleistungen aufzuheben und durch ein neues Reglement zu ersetzen. Sein Ziel bestehe darin, die Sachleistungen zu vereinfachen. Das neue Reglement werde schon in einigen Tagen veröffentlicht werden.

Er erinnere daran, daß die Sachleistungen, auf die irgendein Land innerhalb eines Jahres Anspruch habe, nicht für das nächste Jahr übertragen werden können, wenn sie nicht voll ausgenutzt worden sind. Frankreich habe im ersten Jahres-Anspruch auf 200 Millionen Franken. Es habe bisher nur für 68 Millionen Franken Sachleistungen bezogen. Sein neues Reglement soll Frankreich ermöglichen, vor Abschluß des Jahres, d. h. vor dem 31. August, noch einen möglichst großen Teil des Zahlungsbetrages zu bekommen.

Französische Fortschritte in Marokko.

Ein Angriff der Marokkaner abgelehnt.

Paris, 12. Juli. Nach einem in Fez ausgegebenen Kommuniqué vom 11. Juli weist die Lage der französischen Marokkofront zu Ende des gestrigen Tages eine beträchtliche Besserung auf. An der Südwachfront wurde ein Angriff der Marokkaner abgelehnt. (W. T. U.)

Raulin geht nach Marokko.

Paris, 12. Juli. Das „Petit Journal“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem neuen Oberkommandierenden in Marokko, General Raulin, der erklärte, daß er sich am 15. oder 16. Juli mit seinen Generalen nach Marokko einschiffen werde. Er sei überzeugt, daß es ihm möglich sein werde, Abd el Krim zu unterwerfen.

Das spanisch-französische Marokko-Abkommen.

Paris, 12. Juli. In Madrid ist ein spanisch-französisches Abkommen über das Vorgehen in Marokko unterzeichnet worden. Auch die Madrider Regierung kündigt offiziell die Unterzeichnung dieses Abkommens an. Das erste Ergebnis des Abkommens wird die Bekanntheit der Friedensbedingungen an Abd el Krim sein.

Malon, der am Freitag aus Madrid zurückgekehrt war, ist am Sonnabend nachmittag von Painlevé und Briand empfangen worden, denen er über die Resultate seiner Mission Bericht erstattete.

Ueber die Tragweite des in Madrid unterzeichneten politischen Protokolls über Marokko geben die Ansichten auseinander. Während das Pariser „Journal“ behauptet, daß eine gemeinsame militärische Aktion von Frankreich und Spanien gegen Abd el Krim geplant sei, erklärt die „Chicago Tribune“, daß das Direktorium in Madrid von einer gemeinsamen Aktion nichts wissen wolle. Es hätte eine solche gutgeheißen, wenn sie vor dem spanischen Rückzug hinter die Primo-de-Rivera-Linie vorgeschlagen worden wäre. Jetzt sei aber Spanien der Ansicht, daß es hinter dieser Linie vollkommen sicher sei. Die spanische Regierung habe endgültig auf die geträumten Gebiete verzichtet.

Spanien hätte vielleicht eine andere Haltung eingenommen, wäre England zu einer verstärkten internationalen Besetzung der Tangersonne bereit gewesen; denn man wisse in Spanien sehr wohl, daß Abd el Krim nicht wirkungslos bekämpft werden

könne, so lange die Tanger-Zone ein Zutrittsverbot und ein Eldorado für Waffen- und Munitionshändlung sei. Die Regierung Englands, sich einer Aktion in der Tanger-Zone anzuschließen, habe Frankreich und Spanien veranlaßt, Abd el Krim den Frieden vorzuschlagen.

Frankreichs „humane“ Kampfweise.

Paris, 12. Juli. Charles Maurras nennt in der „Action Française“ den Ministerpräsidenten Painlevé einen „abscheulichen, blutigen Kreter“. Dieser Ausdruck wirkt selbst in der „Action Française“ etwas hart, aber er wirkt noch ganz anders, wenn man erfährt, weshalb Painlevé diesen Ehrentitel erhält.

Der Ministerpräsident trauert sich dagegen, in dem Kampfe gegen die Diktaturen algerische Gase anzuwenden zu lassen.

Painlevé hält diese Kampfweise für unwürdig, und er hält sie zugleich für verhängnisvoll, weil in Genuß gerade ein Reichthum an der Anwendung von Giftgasen im Kriege gesetzt worden ist, für den der Delegierte Frankreichs, Paul Doumer, lebhaft eingetreten ist. Die französische Zivilisation würde vor der Welt keine sehr schöne Rolle spielen, wenn eine Kampfweise, für deren Grausamkeit in den französischen Hochblättern sehr bestig die deutsche Heeresleitung verantwortlich gemacht worden ist, jetzt von Frankreich selbst gegen ein geborenes Truppen in Anwendung gebracht werden soll.

Die ganze Heuchelei der „überlegenen Kultur in Frankreichs Kriegsführung“ würde durch dieses Beispiel der Menschlichkeit vor Augen geführt werden. Aber diese Ueberlegung ist den Nationalisten in der französischen Presse fremd. Juchzt hat die „Liberté“ den Gaskrieg gegen Abd el Krim empfohlen, jetzt tritt Charles Maurras auch mit Begeisterung für die Vergeltung der französischen Front ein. „Dummköpfen“ bedenkens nennt Maurras eine „kanibalische Dummheit“; Ministerpräsident Painlevé, der solche Bedenken hat, ist für den Freund des Mitarbeiters Konrad Dauterive ein „Quadratindivium“. Mit solchen Nebenwürdigkeiten wird von den Männern der „Action Française“ der politische Kampf geführt.

Errichtung einer englischen Flugbasis in Gibraltar.

Madrid, 11. Juli. Viceadmiral Seel, der Kommandant der englischen Luftflotte, ist in Begleitung Almones in Gibraltar eingetroffen. Der Reichs Seels wird mit der Errichtung einer englischen Flugbasis in Gibraltar in Zusammenhang gebracht. (T. U.)

Die Abstimmungsfeier in Allenstein.

Allenstein, 12. Juli. Der Sonnabendabend vereinigte die Teilnehmer zu einer Begrüßungsfeier in Hindenburghöhe. Als erster Redner führte der Vorsitzende des deutschen Heimatsbundes, Dr. Marw, aus: Im Namen des ostpreussischen Heimatsdienstes Allenstein heiße ich alle, die mit uns die fünfjährige Wiederkehr des Abstimmungstages feierlich begehen wollen, herzlich willkommen. Die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung haben durch Entsendung ihrer Mitglieder zu erkennen gegeben, welche hohe Bedeutung sie der Erinnerungsfeier beilegen. Eine ganz besondere Freude ist es uns, Vertreter der Heimat in der Mitte zu sehen, an ihrer Spitze den Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Dr. Fuchs. Meine allerherzlichsten Grüße gelten aber den vielen Abstimmlern aus dem Reich, die sich den ehrenvollen Namen der Heimats treuen erworben haben.

Der Ostdeutsche Heimatsdienst arbeitet sonst möglichst im stillen. Heute aber ist es, vor aller Welt erneut und eindringlich auf das Ergebnis der Abstimmung hinzuweisen. Die Polen haben das Abstimmungsergebnis niemals anerkannt. Sie sind sogar in den letzten Jahren mehr und mehr zum Angriff übergegangen; sie verlangen ganz Ostpreußen. Diesen Forderungen gegenüber muß in möglichst eindringlicher Form das Ergebnis der Abstimmung in Erinnerung gebracht werden: 97% Prozent deutscher gegen 2% Prozent polnischer Stimmen im Abstimmungsergebnis Allenstein.

Darum Hände weg von unserem rein deutschen Boden.

Wir melden heute wieder das unveräußerliche Recht auf Selbstbestimmung auch der Bürger der uns geräubten Gebiete an. Wir fordern ausdrücklich, daß auch die 90000 Deutschen gehört werden, die aus diesem Gebiet verdrängt sind. Lassen Sie uns das Gelübnis erneuern, das wir vor fünf Jahren ablegten. Es lebe unser aller geliebtes Vaterland.

Alsdann ergriff Regierungsräsident v. Naperst das Wort als Vertreter derjenigen Staatsbehörden, deren Verwaltungsbereich sich fast ganz mit dem ehemaligen Abstimmungsgebiete deckt. Er sprach herzliche Worte des Willkommens, besonders an die heimattreuen Ostpreußen aus dem Reich, er gedachte in seinen weiteren Ausführungen auch der heimattreuen Oberhiesler und sagte dann: Ich möchte Sie bitten, in Gehmut und Teilnahme unserer Brüder und Schwestern in jenen unglücklichen Landestheilen zu gedenken; trotz des uns aufgezwungenen Korridors, der den Ostpreußen in unserer Heimat in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung hemmt, lebt bei uns der völkische Wille zur Selbstbehauptung, gekräftigt durch die lebendige Fühlungnahme mit den Brüdern aus dem Reich.

Als nächster Redner erinnerte Oberbürgermeister Quack Allenstein in kurzen, bewertenden Worten an die ereignisreiche Stunde der Verkündung des Abstimmungsergebnisses vor fünf Jahren. Nichtsdeemweniger, sagte er, ging der Kampf weiter. Aus dem Neuenburgerkrieg wurde ein Stellungs-krieg; ein solcher stellt an die Nervenkraft der Kämpfenden weit härtere Anforderungen. Den Polen rufe ich zu: Hüt di, Jung, sind Brenneisen dran! Der Redner leerte sein Glas auf das Wohl der ostpreussischen Jugend.

Alsdann erklärte Staatssekretär Meißner, der zunächst das Telegramm des preussischen Ministerpräsidenten Braun verlas, als geborenen Thorner hätte sich ihm bei der Fahrt durch den Korridor das Herz zusammengekrampft angefühlt, daß durch vollkommene kräftigen Leichnam verursachten Dammbruchs, der eine große Anzahl Deutscher um Hab und Gut gebracht habe.

Oberpräsident Siehr erklärte namens der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden der Provinz, deren Grüße und Dank er überbringe: Der Versuch, der hier vor fünf Jahren verhindert gegen die Sachverständigen von Versailles gefaßt wurde, war nicht eine reine Angelegenheit des Abstimmungsgebietes, er war eine Provinzangelegenheit der ganzen Provinz, ja, des ganzen Reiches und des deutschen Volkes, das damals geschnitten und getrennt am Boden lag. Der Erfolg war nur möglich durch Einigkeit. Der Dank der Heimat gebührt allen, die damals zum Erfolge mitgeholfen haben. Aus dem Gedanken heraus, daß die Heimat auch weiterhin um ihr Deutschthum zu ringen habe, hat sich im Reich die Dramatisierung heimattreuer Ost- und Westpreußen gebildet. An der rettenden Einheit der Abstimmungsaktion muß das deutsche Volk in aller Zukunft festhalten, dann wird das Reich zur Freiheit zurückkehren.

Universitätsprofessor Uffelen, der nunmehr als Vertreter des Rectors der Albertus-Universität das Wort ergriff, sagte, die Abstimmung sei eine kulturelle Tat. Die Universität habe, um ihren Dank zum Ausdruck zu bringen, sich entschlossen, den Männern, die damals in der Abstimmung mitgearbeitet und mitgewirkt hätten und nicht nur für eine einzelne Fakultät, sondern für alle Fakultäten insgesamt, die hohe Würde eines Ehrenbürgers an der Albertus-Universität zu verliehen. In den kleinen Kreis der bisherigen Ehrenbürger mit Reichspräsident v. Hindenburg an der Spitze, habe sie folgende fünf Herren aufgenommen: Wilhelm Freiherrn v. Gantl, Oberbürgermeister und Veterinärarzt Dr. med. Paul Marck, Schriftsteller Max Boratka, Regierungspräsidenten Grafen v. Baudissin, Lehrer Richard Goeck. Nach kurzen, erhellenden Danksworten seitens des Freiherrn v. Gantl im Namen der Teilnehmer kam nunmehr der Oberpräsident der Rheinprovinz Dr. Fuchs zu Wort. In seinen launigen vielfach von frühem Humor gewürzten Ausführungen alna er von der Erinnerung an die soeben erlebten Jubeltage am Rhein